

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	7. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2018/007)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 24.01.2018
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:15 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vortkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Blickmann, Michaela
Terbrack, Karl Heinz
Lefert, Heinrich
Rudde, Christian
Hemsing, Klaus

Vertretung für Herrn Josef Große-Schwiep

Vertretung für Herrn Josef Terhalle

Vertretung für Herrn Franz Benölken

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus
Herickhoff, Hermann Josef
Gerick, Alfons

Vertretung für Frau Mathilde Fischer

UWG

Ruwe, Felix
Heijnk, Annegret

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Beckmann, Georg

stellv. Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Große-Schwiep, Josef

Terhalle, Josef

Benölken, Franz

Büning, Stefan

SPD

Fischer, Mathilde

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 17.05.2017
- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2018
 - 2.1 Toilettenanlagen an Ahauser Schulen; Antrag der SPD-Fraktion; Toilettenanlagen an der Aabachschule; Antrag der CDU-Fraktion
 - 2.2 Einstellung von Planungskosten für den Bereich OGS; Antrag der SPD-Fraktion
 - 2.3 Statusbericht zu Wohnbaugebiete; Antrag der SPD-Fraktion

- 2.4 Renovierung der Lehrküche im Jugendheim Graes; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.5 Verkehrssituation am Krankenhaus / Straße Am Kalkbruch; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.6 Kosten für den gebundenen Ganzttag am Alexander-Hegius-Gymnasium; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.7 Ausstattung von Fachräumen in der Burgschule Ottenstein; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.8 Sozialticket Theaterring A und B; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.9 Anpassung der Elternbeiträge für Kitas, Tagespflege und OGS
- 2.10 Schulsozialarbeit auch in Ahauser Grundschulen; Antrag der UWG-Fraktion
- 2.11 Erweiterung des Spielplatzes im Baugebiet Lutersstraße in Graes; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.12 Einsparpotenziale durch gesetzliche Änderungen im UVG-Bereich; Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen
- 2.13 Mehr Spielmöglichkeiten für Kleinkinder in der Fußgängerzone; Antrag der UWG-Fraktion
- 2.14 Fortführung der Nordtangente bis zur Ikemannstraße; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.15 Resolution gegen die Schaffung von Ausgleichsflächen für die geplante Stromtrasse; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.16 Status zum Grüngürtel in Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.17 Parkraumbewirtschaftung; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.18 Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.19 Kanal-Abwasser: Sanierungsbedürftiger Anteil des Kanalnetzes; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.20 Projekt Ruhebänke / Ruhezone im öffentlichen Raum; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.21 Errichtung von Fahrradboxen; Antrag der SPD-Fraktion

- 2.22 Planungskosten Neugestaltung Marienplatz; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.23 Schnittgut nach Rückschnitt von Wallhecken; Antrag der CDU-Fraktion
- 2.24 Personal an der Musikschule; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- 2.25 Weiterentwicklung der Angebote in der Vorweihnachtszeit; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- 2.26 Förderung der Biodiversität in Ahaus; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- 2.27 E-Mobilität in der Ahauser Verwaltung; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- 2.28 Radwegeausbau / Knotenpunkte; Antrag der SPD-Fraktion
- 2.29 Stellenplan; Antrag der CDU-Fraktion
- 3 Anträge der Fraktionen
 - 3.1 Abschaffung der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen; Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2018
- 4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 17.05.2017

Die Niederschrift über die 6. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 17.05.2017 wird anerkannt.

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2018

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, aufgrund der Vielzahl der eingegangenen Anträge der Fraktionen, in diesem Jahr nicht die Budgets nacheinander zu besprechen, sondern die erarbeiteten Anträge, im Wesentlichen nach Budgets sortiert, zu behandeln.

2.1 Toilettenanlagen an Ahauser Schulen; Antrag der SPD-Fraktion; Toilettenanlagen an der Aabachschule; Antrag der CDU-Fraktion

Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) erklärt, dass es für die künftige Arbeit des Rates unerlässlich sei, einen Sachstandsbericht zu allen städtischen Schulen zu erhalten, der u.a. auch notwendige Sanierungsmaßnahmen und die möglicherweise anstehenden Kosten umfasse. Dann könne eine Prioritätenliste erstellt werden, so dass nicht immer wieder von neuem geplant werden müsse.

Beigeordneter Leuker erläutert, dass die Stadt hier im Rahmen der Schulentwicklungs- und Sportstättenplanung in die Bestandaufnahme gegangen sei. Die baulichen Zustände, insbesondere auch die der Toilettenanlagen, seien Bestandteil dieser Berichte und würden in den politischen Gremien explizit vorgestellt.

Beigeordneter Beckmann ergänzt, dass der angekündigte Immobilienbericht zu den städtischen Immobilien zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 06.02.2018 vorgelegt werde.

Bürgermeisterin Voß weist auf die Sanierungsmaßnahmen an der Aabachschule hin, die auch die Toilettenanlagen umfassten, die für das Jahr 2019 vorgesehen seien. Sofern allerdings die Missstände im Sanitärbereich noch in diesem Jahr behoben werden müssten, seien auch hierfür Mittel vorhanden.

2.2 Einstellung von Planungskosten für den Bereich OGS; Antrag der SPD-Fraktion

Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) bittet auch für die Offene Ganztagschule um eine Übersicht, wie die Schulen hier aufgestellt seien und ob es Bedarfe hinsichtlich der Raumsituation gebe. Damit verbunden sei die Frage, wie die einzelnen Fördervereine aufgestellt seien, und wie eigenständig die Fördervereine überhaupt angesichts der zunehmenden Aufgabendichte arbeiten könnten.

Beigeordneter Leuker weist daraufhin, dass im Stellenplan eine Stelle zur Unterstützung der Fördervereine vorgesehen sei. Gespräche mit den Fördervereinen hätten deutlich gemacht, dass die Anforderungen gestiegen und Hilfestellung notwendig geworden sei. Hier könne dann auch konzeptionell für alle Fördervereine gearbeitet werden.

Bürgermeisterin Voß fasst zusammen, dass an dieser Stelle keine Planungskosten in den Haushalt eingestellt werden müssten, da diese Aufgabe von der Stadt selber durch die neue Mitarbeiterin/ den neuen Mitarbeiter wahrgenommen werden könne.

2.3 Statusbericht zu Wohnbaugebiete; Antrag der SPD-Fraktion

Beigeordneter Beckmann gibt einen Überblick über die derzeitigen Wohnbaugebiete und der hier geplanten Bebauung durch Ein-, Mehrfamilien- und Reihenhäusern in Ahaus und den Ortsteilen. Darüber hinaus führt er an, wo es noch einzelne Wohngrundstücke gebe. Daneben benennt er die aktuellen Interessentenzahlen für Wohnbaugrundstücke.

2.4 Renovierung der Lehrküche im Jugendheim Graes; Antrag der CDU-Fraktion

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) erklärt, dass die Lehrküche von vielen Vereinen genutzt werde und schon so veraltet sei, dass es hier einer dringenden Überholung bedürfe.

Beigeordneter Beckmann macht deutlich, dass diese Angelegenheit nicht im Zuständigkeitsbereich der Stadt liege. Es gebe einen Vertrag zwischen der Kirchengemeinde St. Josef Graes und der Stadt Ahaus aus dem Jahr 1999, wonach die Stadt zwar Eigentümer des Gebäudes ist, für die Nutzung und Erhaltung und auch für die Sanierung aber die Kirchengemeinde zuständig sei.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass sich die Stadt direkt an die Kirchengemeinde wenden werde, um hier für Klärung zu sorgen.

2.5 Verkehrssituation am Krankenhaus / Straße Am Kalkbruch; Antrag der CDU-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) weist auf die bereits mehrfach angesprochene Problematik des ruhenden Verkehrs im weiteren Umfeld des Krankenhauses, insbesondere beim Gartencenter Hilgert und der Einfahrt in das Wohngebiet Am Kalkbruch hin. Er fordert die Stadtverwaltung auf, Gespräche mit der Krankenhausstiftung zu führen und die Thematik in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr zu beraten.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich regelmäßig durch den Fachbereich Sicherheit und Ordnung geahndet würden. Darüber hinaus habe es gemeinsame Überlegungen mit der Krankenhausleitung gegeben, wie hier sinnvoll für Abhilfe gesorgt werden könne. Allerdings handle es sich insgesamt um keine kurzfristigen Lösungen.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) weist drauf hin, dass hier ein enormer Handlungsbedarf bestehe und eine Verschiebung in die Zeitschiene keine Lösung sein dürfe.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass die Verwaltung weitere Gespräche mit der Krankenhausstiftung führen wird, um die Dringlichkeit der Situation deutlich zu machen.

2.6 Kosten für den gebundenen Ganztags am Alexander-Hegius-Gymnasium; Antrag der SPD-Fraktion

Ratsherr Gerick (SPD-Fraktion) bitte um Erläuterungen zum Haushaltsansatz von 500.000 Euro im Haushalt für den Ausbau der gebundenen Ganztagsbetreuung am Alexander-Hegius-Gymnasium

Beigeordneter Leuker erklärt, dass die sog. „Zwischenlösung“ in Form von Modulen erfolgen werde, so dass man bei der Einrichtung flexibel verfahren könne und für die letztendliche Lösung nicht komplett neu planen müsse. Aufgabe sei es, ab dem nächsten Schuljahr weitere 100 Schüler mit einem Mittagessen zu versorgen. Da dann nicht alle Schülerinnen und Schüler am Josef-Cardijn-Haus untergebracht werden könnten, müsste der Mensaausbau am Alexander-Hegius-Gymnasium erfolgen. Perspektivisch müsse bei den Überlegungen zur Wahl des Standortes für einen Mensabetrieb auch die Anne-Frank-Realschule mit einbezogen werden, denn die Landesregierung verfolge die Ausweitung des Ganztagsbetriebes an weiteren Schulen.

Bürgermeisterin Voß ergänzt, dass die Verhandlungen mit der Kirchengemeinde zum Josef-Cardijn-Haus kurz vor dem Abschluss stünden. Derzeit sei die Stadt allerdings noch keine Eigentümerin, müsse dennoch eine wie von Herrn Leuker beschriebene Lösung zum 01.08.2018 vorhalten. Ziel sei es, jetzt im ersten Schritt möglichst keine Kosten für Maßnahmen zu verursachen, die künftig nicht weiter genutzt werden könnten, daher die geplante Modulbauweise.

2.7 Ausstattung von Fachräumen in der Burgschule Ottenstein; Antrag der CDU-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bringt den Wunsch der Schule und der Ottensteiner Bevölkerung vor, dass die dem Umbau zum Opfer gefallenen Fachräume neu ausgestattet werden.

Beigeordneter Leuker weist darauf hin, dass Mittel für diese Maßnahme im Haushalt eingestellt seien.

2.8 Sozialticket Theaterring A und B; Antrag der SPD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Antrag) begründet den Antrag der Fraktion, dass ein überschaubares Kontingent an Tickets für die Theaterringe mit einer Ermäßigung von 50 % an sozialschwache Personen vergeben werden sollten, so dass eine Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ermöglicht werde.

Beigeordneter Leuker führt an, dass bereits heute Inhaber des Familienpasses, SGB II- und SGB XII-Bezieher sowie Beziehern von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um 25 % ermäßigte Tickets erhielten. Er schlägt vor, die genauen Zahlen aufzuführen und in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Kulturausschusses vorzustellen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) bittet bei der Erstellung des angekündigten Erfahrungsberichts zur Eröffnung des Kulturquadrats die obige Thematik mit aufzunehmen. An dieser Stelle wären sämtliche Fragen zum Ticketverkauf zu erörtern.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird zur weiteren Beratung in den Kulturausschuss und den Sozialausschuss verlagert.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.9 Anpassung der Elternbeiträge für Kitas, Tagespflege und OGS

Ratsherr Lambers (SPD-Fraktion) beantragt die Elternbeiträge in der Einkommensgruppe bis 25.000 € zu streichen und die Beiträge in den folgenden Einkommensstufen zu senken. Diese Maßnahme sei unter den Aspekten der Förderung junger Familien und der Wirtschaftsförderung zu verstehen.

Beigeordneter Leuker weist daraufhin, dass die Koalitionsvereinbarung der jetzigen Landesregierung einen Passus enthalte, in dem es Kinderbetreuung und der Finanzierung dieser gehe. Ziel sei es, landeseinheitlich ein entsprechendes Gebührensystem zu schaffen. Die KiBiz-Reform könne für 2019/2020 in Betracht kommen. Grundsätzlich habe der Kreis Borken landesweit die niedrigsten Elternbeiträge. Zu bedenken sei, dass die Meldungen der Stundenzahlen im Kita-Bereich für das kommende Kindergartenjahr bereits abgeschlossen seien. Eine Änderung der Elternbeiträge könnte zur Folge haben, dass es deutliche Veränderungen bei der Auswahl der Stunden gebe. Das 45-Stunden-Modell könnte dann vermehrt gewählt werden. Die finanziellen Auswirkungen, bei den derzeitigen Buchungszahlen und der von der SPD-Fraktion vorgelegten Beitragstabelle ergäbe einen Minderertrag für 2018 von 168.000 €, für 2019 von 402.000 €.

Es schließt sich eine intensive Diskussion über die Finanzierung dieses Antrags an.

Bürgermeisterin Voß lässt zum Ende über den SPD-Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 5 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

2.10 Schulsozialarbeit auch in Ahauser Grundschulen; Antrag der UWG-Fraktion

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) schildert, dass die Situation an den Grundschulen immer komplexer werde, so dass es bereits in der Grundschule notwendig sei, Stellen für Schulsozialarbeiter einzurichten.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass man sich im Rahmen der Zielplanungsgesprächen mit der Thematik Schulsozialarbeit beschäftigt habe. Das Thema, das derzeit drei Fachbereiche tangiere, solle künftig im Fachbereich Jugend zentralisiert werden. Über Veränderungen in Teilbereichen werde dann im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Schule und Sport berichtet werden.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in die beiden Fachausschüsse entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.11 Erweiterung des Spielplatzes im Baugebiet Lutersstraße in Graes; Antrag der CDU-Fraktion

Ratsherr Rudde (CDU-Fraktion) schildert die Situation des gut frequentierten Spielplatzes und weist daraufhin, dass es an altersgerechten Spielgeräten fehle.

Beigeordneter Leuker weist daraufhin, dass es am 07.11.2017 bereits einen Vor-Ort-Termin gegeben habe. Zum einen werde ein zusätzlicher Weg zum Spielplatz geschaffen. Außerdem werde der Fachbereich Jugend Kontakt mit den Kinder und Jugendlichen in Graes aufnehmen, um zu erfragen, welche Geräte gewünscht würden. Im März werde im Jugendhilfeausschuss über eine neue Ausrichtung der Spielraumplanung informiert.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung des Antrags in den Jugendhilfeausschuss entscheiden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.12 Einsparpotenziale durch gesetzliche Änderungen im UVG-Bereich; Anfrage Bündnis 90 / Die Grünen

Beigeordneter Leuker informiert darüber, dass zum 01.07.2017 das UVG geändert worden sei. Die Altersgrenze für Bezugsberechtigte sei von 12 auf 18 Jahren hochgesetzt worden. Für Ahaus bedeute dies, dass es eine Zunahme von 140 auf 320 UVG-Fälle gebe. Der Mehraufwand sei durch das vorhandene Personal aufgefangen worden, u.a. auch deshalb, weil viele Fälle bereits aus früheren Bezugszeiträumen bekannt gewesen seien. Daneben gebe es eine gesetzliche Regelung im Haushaltsbegleitgesetz 2017, wonach die Unterhalts-heranziehung zum 01.07.2019 auf eine Landesbehörde übertragen werde. Da kein Minderbedarf ab 2019 gesehen werde, bedeute dies auch keine Stelleneinkürzung.

2.13 Mehr Spielmöglichkeiten für Kleinkinder in der Fußgängerzone; Antrag der UWG-Fraktion

Beigeordneter Leuker gibt zum Antrag der UWG-Fraktion folgende Auskünfte: zum einen müsse bei der Betrachtung der Fußgängerzone für Kinder auch immer der Leuchtturmspielplatz im Schlossgarten im Auge gehalten werden, denn dieser sei für Kinder sämtlicher Altersgruppen ein beliebter Anziehungspunkt. Darüber hinaus gebe es bei der Umsetzung von Veränderungen in der Fußgängerzone ein Urheberrecht der Planer der Fußgängerzone. Bei der eventuellen Positionierung von Kleinspielgeräten müsste ebenfalls darauf geachtet werden, dass Rettungsgassen eingehalten und dass Plätze gefunden würden, wo bereits Sitzgelegenheiten bestehen. Außerdem sei zu berücksichtigen, dass der Wochenmarkt zweimal wöchentlich Raum benötige. Er schlägt vor, dieses Thema ebenfalls mit in die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu nehmen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag auf Verweisung dieses Punktes in den Jugendhilfeausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.14 Fortführung der Nordtangente bis zur Ikemannstraße; Antrag der CDU-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) erläutert den Antrag der Fraktion. Um die Verkehrsströme vom und zum Baugebiet Hoher Kamp besser leiten zu können, sei eine Fortführung der Nordtangente vom Kreisverkehr Graeser Straße eine denkbare und gute Lösung. Damit könnte der Ortsteil Wessum, insbesondere die Eichenallee und der innerstädtische Verkehr, deutlich entlastet werden.

Beigeordneter Beckmann verweist hier auf das vorhandene Verkehrsentwicklungskonzept. Er schlägt vor, das Thema im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr intensiv zu erörtern.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag auf Verweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.15 Resolution gegen die Schaffung von Ausgleichsflächen für die geplante Stromtrasse; Antrag der CDU-Fraktion

Bürgermeisterin Voß weist daraufhin, dass eine Resolution vom Rat verabschiedet werden müsse.

Ratsherr Lefert (CDU-Fraktion) weist daraufhin, dass über die Thematik in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus sowie des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt besprochen werden. Hier könne dann eine Resolution entworfen werden, die der Rat in seiner nächsten Sitzung verabschiede.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Verweisung in die beiden Ausschüsse abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.16 Status zum Grüngürtel in Ahaus; Antrag der SPD-Fraktion

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass das Thema Grüngürtel am 13.07.2017 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr erörtert worden sei. Als Ergebnis sei festgehalten worden, dass innerhalb von neun Monaten dem Gremium ein entsprechendes Konzept vorgelegt werde. In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 26.04.2018 würden die Ergebnisse vorgestellt und beraten.

2.17 Parkraumbewirtschaftung; Antrag der SPD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) schildert die kritische Parkplatzsituation an verschiedenen Stellen im Ahauser Stadtgebiet. Diese Problematik solle nicht nur punktuell, wie im Umfeld der Wallstraße, sondern für das komplette Gebiet erfolgen.

Erster Beigeordneter Althoff gibt den Hinweis, dass es im ersten Schritt um die Erstellung eines Parkraumkonzeptes gehe, erst dann gehe es letztlich um die Bewirtschaftung dieser Flächen.

Beigeordneter Beckmann ergänzt, dass der Arbeitskreis Wallstraße am 21.02.2018 das nächste Mal tagen werde. Hier werde die Analyse der Parkflächen im Rahmen des Parkraumkonzeptes vorgestellt.

2.18 Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft; Antrag der SPD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt klar, dass es eine wichtige Aufgabe der Kommune sei, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Der Antrag zielt darauf ab, hier in Diskussionen einzusteigen und Möglichkeiten auszuloten. Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft könnte eine Lösung sein.

Beigeordneter Leuker weist drauf hin, dass die Stadt Ahaus an der Kreis-Wohnungsbaugesellschaft beteiligt sei. Lediglich die Städte Gronau und Bocholt hätten eigene Wohnbaugesellschaften. Für ihn sei nicht zu erkennen, welchen zusätzlichen Nutzen eine kommunale Wohnbaugesellschaft hätte.

Es schließt sich eine intensive Diskussion zu bezahlbaren Wohnmöglichkeiten zur Miete und im Eigentum an.

Bürgermeisterin Voß lässt zum Ende der Diskussion über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 5 Ja-Stimmen
- 10 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

Damit wird der Antrag abgelehnt.

2.19 Kanal-Abwasser: Sanierungsbedürftiger Anteil des Kanalnetzes; Antrag der SPD-Fraktion

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass die SPD-Fraktion beantrage, die Verwaltung zu beauftragen, eine Kostenanalyse zu erstellen, um dem formulierten Ziel gerecht zu werden, den sanierungsbedürftigen Anteil von zurzeit 6,3 % auf 5 % zu reduzieren. Die Änderung zur eigentlichen Formulierung im Entwurf des Haushaltes verzichte auf eine Analyse und setzte das Ziel sofort auf 5 % fest.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Prüfauftrag an die Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.20 Projekt Ruhebänke / Ruhezonen im öffentlichen Raum; Antrag der SPD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) führt an, dass vermehrt ältere Menschen insbesondere in Wohngebieten Ruhebänke einforderten. Senioren seien durchaus bereit, das Umfeld dieser Ruhezonen in Ordnung halten und ggf. Sponsoren für diese Maßnahmen suchen würden.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) sagt, dass der Ahaus e.V. 20 Bänke in Kürze und demnächst nochmals 20 Bänke zur Verfügung stellen und im gesamten Stadtgebiet aufbauen würde.

Beigeordneter Beckmann schildert, dass in der Vergangenheit bereits über Ruhebänke diskutiert worden sei, hier aber im Zusammenhang mit der Anbringung von Notrufnummern. Der Bauhof habe eine Bestandsaufnahme aller Bänke gemacht und gleichzeitig den Zustand erfasst und ggf. schon für eine Sanierung gesorgt. Zu der Anbringung sei es aber nie gekommen, da die Notrufnummern im Rahmen eines LEADER-Projekts umgesetzt werden sollten. Dieses Projekt werde aber krankheitsbedingt aktuell nicht weiter verfolgt.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, diese Thematik bei der nächsten LEADER-Arbeitsgemeinschaft anzusprechen. Sollte das in absehbarer Zeit nicht zum Ziel führen, werde die Stadtverwaltung die Beschilderung selber übernehmen. Darüber hinaus werde die Verwaltung zusagen, gemeinsam mit AMT und dem Ahaus e.V. weitere Bänke an geeigneten Stellen im Stadtgebiet aufzustellen.

2.21 Errichtung von Fahrradboxen; Antrag der SPD-Fraktion

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) schlägt für seine Fraktion vor, im Zuge der Neuplanung der Wallstraße im Bereich der Fußgängerzone Fahrradboxen mit einzuplanen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag auf Verweisung der Beratungen zu diesem Thema in den Arbeitskreis Wallstraße abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.22 Planungskosten Neugestaltung Marienplatz; Antrag der SPD-Fraktion

Herr Dönnebrink (SPD-Fraktion) schildert die Situation des nicht schönen und aufgrund der uneinheitlichen Pflasterung nicht barrierefreien Marienplatzes, der doch zum Herzen der Innenstadt zähle. Außerdem führe die Lage und Gestaltung am Busbahnhof an dieser Stelle oft zu Gefahrensituationen. Es gebe bereits Beschlüsse zum Marienplatz, die aber noch keine Umsetzung gefunden hätten.

Beigeordneter Beckmann erinnert daran, dass es vor Jahren bereits im Rahmen der Veränderungen des K+K-Centers Ideen zur Umgestaltung des Marienplatz gegeben habe. Die Änderungen am K+K-Center seien nicht umgesetzt worden, so sei auch der Marienplatz nicht erneuert worden.

Herr Vortkamp (CDU-Fraktion) sieht hier ebenfalls Handlungsbedarf, wolle aber auch an geplante Gespräche mit dem Eigentümer erinnern, der ebenfalls gefragt sei. Es liege zu diesem Platz und den Umgestaltungsmöglichkeiten bereits eine Studie der Architekten Farwick + Grote vor, die sei besprochen und entschieden, so dass an dieser Stelle keine Planungskosten anfallen dürften.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Planungsauftrag zur Umgestaltung des Marienplatzes, ohne den Planungskostenansatz von 10.000 Euro, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.23 Schnittgut nach Rückschnitt von Wallhecken; Antrag der CDU-Fraktion

Herr Lefert (CDU-Fraktion) verweist auf die wichtige Thematik Biodiversität. Es sei aus seiner Sicht kontraproduktiv, wenn der Rückschnitt der Wallhecken durch den Baubetriebshof kleingehäckselt werde. So gebe es keinen Lebensraum für Kleintiere etc. Er schlägt für, diesen Punkt im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt eingehender zu erörtern.

Bürgermeisterin lässt über den Antrag der Verweisung in Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.24 Personal an der Musikschule; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) greift Informationen aus einem Fernsehbeitrag auf, wonach es für Musikschulen schwierig sei, gut ausgebildetes Personal zu finden und so auf Honorarkräfte zurückgreifen müsse. Er wolle wissen, wie die Situation in Ahaus sei und erbete einen ausführlichen Bericht im zuständigen Ausschuss erhalten.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass die Musikschule gut aufgestellt sei. Das Verhältnis zwischen fest angestelltem Personal und Honorarkräften sei ausgewogen und die Zahl der Musikschüler im letzten Jahr deutlich angestiegen.

2.25 Weiterentwicklung der Angebote in der Vorweihnachtszeit; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bittet für seine Fraktion Überlegungen zu betreiben, die Ahauser Weihnachtsstadt weiter zu entwickeln. Hierfür müssten verschiedene Akteure zusammen gebracht werden und auch über einen Weihnachtsmarkt in der Ahauser Innenstadt nachgedacht werden.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass die Überlegungen natürlich auch unabhängig von dem Antrag geführt würden. Es fände in Kürze ein Rückblick auf die letzte Weihnachtszeit statt und natürlich auch ein Ausblick auf 2018. Es gebe sicherlich Verbesserungsmöglichkeiten, insbesondere wenn der Vorlauf in diesem Jahr deutlich besser gestaltet werden könne.

Herr Vorkamp (CDU-Fraktion) schlägt vor, die Rodelbahn mit der Eisfläche besser zu verbinden.

2.26 Förderung der Biodiversität in Ahaus; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag zur Verweisung des Antrags in den Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.27 E-Mobilität in der Ahauser Verwaltung; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) bittet die Verwaltung zu prüfen, die E-Mobilität weiter zu fördern und umzusetzen.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass die Stadtverwaltung bereits drei E-Fahrzeuge im städtischen Fuhrpark nutze. Bei künftigen Anschaffungen solle grundsätzlich geprüft werden, ob der Ersatz durch ein E-Fahrzeug erfolgen könne. Darüber hinaus ständen zwei E-Bikes für den dienstlichen Gebrauch zur Verfügung. Im Stadtgebiet gebe es inzwischen neuen E-Ladesäulen, drei weitere würden in 2018 aufgestellt. Aktuell gebe es Überlegungen im Rahmen der LEADER-Region zu einem E-Car-Sharing-Modell, bei dem die Fahrzeuge auch für Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung ständen.

2.28 Radwegeausbau / Knotenpunkte; Antrag der SPD-Fraktion

Herr Dönnebrink (SPD-Fraktion) verweist auf einen früheren Antrag, der dann nicht weiter verfolgt worden sei, weil man davon ausgegangen sei, dass der Kreis Borken hier aktiv würde. Leider sei das nicht erfolgt, so dass die Stadt selber in die Umsetzung gehen solle. AMT müsse einmal das Radwegenetz sondieren und mit Knotenpunkten und mit Ausflugszielen versehen.

Beigeordneter Leuker schildert, dass er heute mit dem Kreis Borken gesprochen habe. Er konnte in Erfahrung bringen, dass der Kreis an der Umsetzung der Knotenpunkte arbeite. Man suche derzeit noch nach Fördermöglichkeiten. Von dort sei vorgeschlagen worden, die kommunalen Überlegungen bis zur vollständigen Klärung zurückzustellen.

2.29 Stellenplan; Antrag der CDU-Fraktion

Herr Reehuis (CDU-Fraktion) erklärt, dass die Fraktion folgende Vorschläge zur Änderung im Stellenplan machen wolle:

1.) Beibehaltung der Stelle des Elektrikers / der Sicherheitsfachkraft im Fachbereich Immobilienwirtschaft

Der bisherige Stelleninhaber sei altersbedingt ausgeschieden, die Stelle solle eingespart werden. Aus Sicht der Fraktion sei es aber z.B. im Hinblick auf plötzliche Einsätze am Wochenende oder in den Abendstunden oder für kleinere Reparaturen sinnvoll einen Mitarbeiter vor Ort zu haben und die Stelle nicht abzuschaffen.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass die Verwaltung diese Stelle im Auge habe. Die Aufgaben der Sicherheitsfachkraft seien inzwischen extern bis Ende 2018 vergeben worden. Grundsätzlich gingen die Überlegungen in Absprache mit dem Fachbereich dahin, die Stelle in 2019 nach zu besetzen. Dann ginge es auch um die Betreuung der elektrischen Anlagen, wie z.B. Tiefgarage, Innenstadt, Kitas und den Brandschutz.

Sie schlägt vor, intern zunächst genau zu klären, welche Aufgaben an dieser Stelle angesiedelt werden sollen.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Beibehaltung der Stelle im Fachbereich Immobilienwirtschaft abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.) Stelle eines Technikers/ Ingenieurs im Fachbereich Immobilienwirtschaft

Herr Reehuis (CDU-Fraktion) führt aus, dass es einen Mitarbeiter im Fachbereich Immobilienwirtschaft gebe, der größere Bauprojekte betreue, und im Rahmen der Altersteilzeit nur noch halbtags zur Verfügung stünde. Hier könne durch eine frühzeitige Nachbesetzung eine reibungslose Nachfolge gesichert werden, auch wenn die Stelle, zumindest zum Teil, für eine gewisse Zeit doppelt besetzt sei. Eine der beiden Stellen könnte bei Eintritt des Mitarbeiters in den Ruhestand dann wieder wegfallen.

Bürgermeisterin Voß weist darauf hin, dass es auch zu dieser Stelle bereits interne Überlegungen gebe. Da die Altersteilzeit noch bis April 2021 reiche, gebe es den Plan, in 2019 eine Nachfolgelösung zu finden. Dieser Vorschlag sei auch mit dem Fachbereich Immobilienwirtschaft abgestimmt.

Herr Reehuis (CDU-Fraktion) macht den Vorschlag, den Antrag so abzuändern, dass die Stelle schon heute im Stellenplan eingerichtet, allerdings mit einem Sperrvermerk der Besetzung ab dem 01.01.2019 versehen werde.

Herr Beckmann macht deutlich, dass dann in 2018 nur 2,5 anstatt 3 Stellen zur Verfügung stünden. Aktuelle Aufgaben könnten zwar erledigt werden, für zusätzliche Aufgaben seien dann keine Kapazitäten vorhanden.

Herr Vorkamp (CDU-Fraktion) hält fest, dass immer mehr Aufgaben aus dem Baubereich nicht oder nicht rechtzeitig erledigt würden, so dass die CDU-Fraktion bei der Schaffung zusätzlicher Stellen eine klare Priorität und Notwendigkeit für diesen Bereich sehe.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag auf Einrichtung dieser Stelle mit zeitnaher Besetzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

3.) Schaffung einer weiteren Stelle im Fachbereich Tiefbau und Entsorgung

Herr Reehuis (CDU-Fraktion) erläutert, dass im Bereich Tiefbau häufig Mittel im Haushalt verschoben werden müssten, weil Maßnahmen aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht durchgeführt werden könnten. Hinzu käme der Breitbandausbau, der ebenfalls Personal binde.

Bürgermeisterin Voß führt an, dass diese Stelle seitens der Verwaltung nicht vorgesehen sei, auch nicht zukünftig. Der Stelleninhaber sei längerfristig erkrankt, dennoch ergebe sich daraus nicht die Notwendigkeit, eine neue Stelle zu schaffen. Nach Gesundung des Kollegen würde man eine doppelte Stellenbesetzung vorhalten, das auch langfristig.

Herr Vorkamp (CDU-Fraktion) entgegnet, dass die Fraktion sicher sei, dass auch bei einer Rückkehr des erkrankten Mitarbeiters die Personaldecke zu dünn sei. Der vorhandene Stau an Maßnahmen könne durch den einen Mitarbeiter nicht abgearbeitet werden.

Beigeordneter Beckmann erklärt zur Situation im Fachbereich, dass der erkrankte Mitarbeiter der einzige Ingenieur sei, alle anderen Mitarbeiter seien Techniker. Gerade im Bereich der Planung von Maßnahmen gebe es so derzeit keine Kapazitäten. Zusätzliche Aufträge könnten hier nicht bewältigt werden.

Herr Gerick (SPD-Fraktion) weist auf die langfristige Bindung der nicht unerheblichen Haushaltsmittel für die zusätzlichen Stellen hin.

Bürgermeisterin Voß macht deutlich, dass sie sehr sparsam mit der Einrichtung zusätzlicher Stellen umgehen wolle. Das heiße nicht, dass diese Stellen nicht ggf. notwendig seien, dennoch müssten die finanziellen Auswirkungen immer mitbetrachtet werden.

Herr Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) macht den Vorschlag, vom Fachbereichsleiter Personal Informationen darüber zu erhalten, wie denn die Stellenbewirtschaftung tatsächlich erfolge. Vielleicht könnten auch in einzelnen Bereichen Stellen gestrichen werden.

Herr Ruwe (UWG-Fraktion) schlägt vor, da die Verwaltung diese zusätzliche Stelle nicht vorgesehen habe, diese Stelle auch nicht in den Stellenplan einzubringen.

Frau Heijnk (UWG-Fraktion) beantragt den Punkt in die Ratssitzung zu vertagen, um innerhalb der Fraktion hierüber nochmals beraten zu können.

Bürgermeisterin Voß lässt über die Vertagung in die nächste Ratssitzung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 3 Ja-Stimmen
- 11 Nein-Stimmen
- 5 Enthaltungen

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Im Anschluss lässt sie darüber abstimmen, ob heute über den Antrag der CDU-Fraktion abgestimmt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 6 Nein-Stimmen
- 3 Enthaltungen

Danach lässt sie über den CDU-Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Fachbereich Tiefbau und Entsorgung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 10 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen
- 4 Enthaltungen

3.) Streichung der Stelle in der Friedhofsverwaltung

Herr Reehuis (CDU-Fraktion) führt aus, dass der Fraktion im Laufe der Vorgespräche nicht klar geworden sei, welche Aufgaben diese zusätzliche Stelle wahrnehmen solle.

Bürgermeisterin Voß erklärt, dass im Rahmen der Friedhofsentwicklungsplanung u.a. als Ergebnis festgestellt worden sei, dass ein Friedhofsmanager eingesetzt werden solle. In dem

neuen Friedhofsgebäude sei ebenfalls ein Büro eingeplant. Der neue Mitarbeiter solle für Besucher des Friedhofs, aber auch für Bestatter, Gärtner, Steinmetze und den Baubetriebshof als Ansprechperson zur Verfügung stehen. Beschwerden könnten hier direkt vor Ort abgegeben und besprochen werden. Außerdem solle der Mitarbeiter für ein gepflegtes Erscheinungsbild Sorge tragen und sich um die Standsicherheit von Grabmalen kümmern. Darüber hinaus könne er sich um die jährlichen Einebnungen von Grabstätten und das Ausmessen von Grabstellen kümmern. Bei der Größe des städtischen Friedhofs, der sich stark verändernden Bestattungsmöglichkeiten und der immer älter werdenden Gesellschaft werde der Bedarf für diese Stelle, wie im Gutachten des Planers festgestellt, deutlich gesehen.

Herr Pomberg (CDU-Fraktion) sieht nicht die Notwendigkeit der Einrichtung einer ganzen Stelle für die genannten Tätigkeiten.

Herr Frankemölle (WGW-Fraktion) ergänzt, dass bereits in 2014 über diese Stelle mit dem Ergebnis diskutiert worden sei, dass der Rat den Bedarf hierfür nicht sehe.

Herr Dönnebrink (SPD-Fraktion) betont, dass man dem Konzept des Friedhofsplaners in weiten Teilen gefolgt sei und dazu gehöre jetzt konsequenterweise auch die Stelle des Friedhofmanagers.

Herr Kersting (UWG-Fraktion) sieht die Notwendigkeit nicht in der Schaffung einer neuen Stelle, sondern in der Umorganisation des vorhandenen Personals in der Friedhofsverwaltung

Herr Pomberg (CDU-Fraktion) macht den Vorschlag, an der neu zu schaffenden Stelle weitere Aufgaben, wie z.B. den Aushub für Grabstätten, anzusiedeln. Dann sei die Stelle auch vollständig ausgelastet. Derzeit sei der Aushub seitens der Stadt Ahaus an ein Unternehmen vergeben.

Herr Dönnebrink (SPD-Fraktion) stellt den Antrag, lediglich eine halbe Stelle einzurichten.

Bürgermeisterin Voß lässt zunächst über die Einrichtung einer halben Stelle abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 4 Ja-Stimmen
- 14 Nein-Stimmen
- 1 Enthaltung

Im Anschluss lässt sie über die Streichung der Stelle im Stellenplan abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

- 14 Ja-Stimmen
- 5 Nein-Stimmen

Herr Löhring (Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) erbittet um Information in der nächsten Ratssitzung zu Stellenumwandlung und Neuschaffung von Stellen im Angestellten- und Beamtenbereich.

Dies sagt Bürgermeisterin Voß zu.

3 Anträge der Fraktionen

3.1 Abschaffung der Aufwandsentschädigung für Vorsitzende von Ausschüssen; Antrag der UWG-Fraktion vom 10.01.2018 A/2018/0124

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

4 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

Die Beratung des Tagesordnungspunktes wird in die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vertagt.

gez. Karola Voß
Vorsitzende

gez. Doris Zevenbergen
Schriftführerin